

Armin Steuernagel

### **Partizipative Demokratie in Europa durch einen demokratischen europäischen Konvent**

Man hört es inzwischen schon vom italienischen Premierminister Letta, dem deutschen Bundesbankpräsident Weidmann, gelegentlich vom deutschen Finanzminister Schäuble, von Abgeordneten des Europaparlaments wie zum Beispiel S&D Präsident Swoboda und der gesamten grünen EP Fraktion, sowie von vielen weiteren Experten: die EU braucht Reformen. Dabei geht es vielen um technische Verfahrenslösungen, wie durch den Fiskalpakt oder die Bankenunion. Gleichzeitig, jedoch, wächst das Demokratiedefizit in Europa weiter, für das Lösungen dringend gefunden werden müssen. Es liegen viele z.T. widersprüchliche Konzepte, von der Europäischen Kommission, vom Rat und der Zentralbank vor, wie es mit der EU langfristig weitergehen könnte: alle Konzepte beinhalten Reformen. Doch sollten es nicht die Institutionen sein, die die Zukunft der Europäischen Union entscheiden, es sollten die Bürgerinnen und Bürger sein. Dies ist bereits im Lissabon-Vertrag vorgesehen. Reformen bedeuten *Vertragsveränderungen* und Vertragsveränderungen können laut dem Vertrag offiziell nur nach Einberufung eines neuen *Konvents* durchgeführt werden (Artikel 48 des EU Vertrags).

Stattdessen werden Reformen der EU weiterhin in nächtlichen Hinterzimmer-Verhandlungen und intergouvernementalen Konferenzen ausgehandelt. Europapolitische Projekte – wie ein neuer Bankenabwicklungsmechanismus, ein Investitionspakt gegen Jugendarbeitslosigkeit, und weitere Projekte die zur Zeit in der Pipeline sind – versucht man über zwischenstaatliche Verträge außerhalb des europäischen Vertragswerks zu regeln. Bis jetzt drücken Kanzlerin Merkel und der französische Präsident Hollande sich vor einem Konvent und halten uns diesen wichtigen demokratischen Ort der EU-Gestaltung vor.

Doch eine Hinterzimmerpolitik, die intransparent ist und jede Beteiligung der Zivilgesellschaft ausschließt, hat schwerwiegende Konsequenzen: Laut den Umfragen von Eurobarometer hatten 2006 noch die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ein positives Bild der EU, inzwischen sind es nur noch knapp 30%.

60% der Europäer misstrauen den europäischen Institutionen und die große Mehrheit gibt an das Gefühl zu haben, dass ihre Stimme in Europa unwichtig sei. Dies sind dramatische Resultate für Institutionen, die sich als demokratisch bezeichnen. Schon heute kann man beobachten, dass nationalistische und anti-europäische Tendenzen in vielen Ländern erstarken. Doch bei der Perspektivlosigkeit, die für viele Menschen mit der EU verbunden ist, sind solche Resultate nicht verwunderlich. Auch beim Umgang mit der gegenwärtigen Krise steht nicht nur die Stabilität der Banken, der Finanzmärkte und der Währung auf dem Spiel. Auf dem Spiel steht das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die europäische Demokratie und Politikführung, und so in die Idee der EU selbst.

In Zukunft muss es eine neue und andere Art geben, Europa zu gestalten. Mitbürgerinnen und Mitbürger können sich nicht länger auf Staatsoberhäupter und Präsidenten verlassen, Solidität und Solidarität in der europäischen Gesellschaft zu sichern. Die zukünftige Gesellschaft und die zukünftige Europäische Union muss von uns allen, den Bürgerinnen und Bürgern, mitgestaltet werden; wir müssen Miteigentümer von Europa werden. Dafür müssen europaweit Debatten geführt werden über das gewünschte zukünftige Europa, über die Ziele, Kompetenzen und Regeln der EU. Das, was heute in geheimen Verhandlungen ausgehandelt wird, gehört auf die öffentliche Bühne und sollte in einer europäischen Öffentlichkeit breit diskutiert werden.

Um diese Debatte und diese neue Art Europa zu gestalten zu ermöglichen, ist in den europäischen Verträgen ein wertvolles Instrument verankert: ein europäischer Konvent. Er ist nicht nur das einzige Instrument in den EU-Verträgen, durch das Vertragsveränderungen und Reformen durchgeführt werden können. Er bietet auch die Möglichkeit im Dialog mit der europäischen Zivilgesellschaft eine wahrhaft offene Debatte über Europa zu führen. Ein Konvent, der sowohl technische als auch demokratische Mängel behebt, sollte eine demokratisch legitimierte Versammlung sein, die außerhalb der Tagespolitik im Dialog mit der Zivilgesellschaft über die Zukunft der EU berät und Vorschläge ausarbeitet.

Democracy International, gemeinsam mit einem großen Bündnis von Partnerorganisationen, fordert in einer breit angelegten Kampagne einen europäischen Konvent ein. Die Initiative verlangt nicht nur, dass ein Konvent bei den nächsten substantiellen EU Reformen einberufen wird, sondern fordert außerdem,

wie ein solcher Konvent aussehen muss, wenn er demokratisch und nachhaltig sein soll. Denn die Regeln entscheiden das Spiel, und nur ein *demokratischer* Konvent kann zu einem demokratischen Ergebnis führen.

Das zeigt ganz deutlich der letzte Konvent zur Zukunft Europas (2002). Anstatt alle Vorschläge offen im Plenum zu diskutieren und zu beschließen, wurden Entscheidungen vom Präsidium – größtenteils bestehend aus ehemaligen und aktuellen Ministern – hinter verschlossenen Türen getroffen. Nach viel zu kurzer Beratungszeit legte der Konvent einen offiziellen Verfassungsentwurf vor, dem das Präsidium dann zwei weitere Kapitel hinzufügte, die nie im Konvent diskutiert wurden. Die Adressaten des Konvents waren nicht die Bürgerinnen und Bürger Europas, sondern die Staats- und Regierungschefs. Das Resultat war eine 400 Seiten lange Verfassung, die die Bürgerinnen und Bürger von Frankreich und den Niederlanden nicht zu Unrecht ablehnten.

Um solch einen Konvent zu vermeiden setzt sich Democracy International, zusammen mit einer breiten Allianz aus der europaweiten Zivilgesellschaft dafür ein, dass ein neuer Konvent

1. demokratisch legitimiert ist
2. intern demokratisch organisiert ist
3. transparent und im Dialog mit der Zivilgesellschaft arbeitet
4. genug Zeit hat und
5. seine Vorschläge den europäischen Bürgerinnen und Bürgern in einer Volksabstimmung vorlegt.

Gerade der letzte Punkt, eine europaweite Volksabstimmung, verändert den ganzen Prozess maßgeblich. So sind die Konventsmitglieder von Anfang an angehalten, mit der Zivilgesellschaft und der Bevölkerung in Dialog zu treten, ihre Sorgen und Bedürfnisse zu hören und sie von neuen Ideen zu überzeugen. Ein anschließendes Referendum gäbe außerdem den EU Institutionen, den Mitgliedsstaaten und der Zivilgesellschaft gute Gründe in eine breite Diskussion über Europa einzusteigen. Denn eine Debatte hätte deutliche Wirkung – es würde sich lohnen mit Mitbürgerinnen und Mitbürger in ganz Europa ins Gespräch zu kommen und sie von Ideen zu überzeugen, denn schließlich ist jeder am Schluss des Konvents gefragt mitzuentcheiden, wie es mit Europa weitergeht.

Die Kampagne wird erstens Druck auf das neue europäische Parlament ausüben von seinem Recht Gebrauch zu machen, einen neuen – demokratischen – Konvent zu fordern. Dafür werden im Vorfeld der Europawahl alle Kandidierende kontaktiert, um sie von der Notwendigkeit eines Konvents zu überzeugen und ihnen eine Verpflichtung abzunehmen, sich nach den Wahlen dafür einzusetzen. Nach der Europawahl kann dann auf das neue Parlament Druck ausgeübt werden, ihr Versprechen einzulösen. Durch eine breite Allianz von Organisationen und bekannten Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern und diversen Hintergründen wird die überwältigende Unterstützung der europäischen Zivilgesellschaft für einen demokratischen Konvent befestigt. Außerdem soll durch verschiedene Protestformen und Guerrilla-Aktionen eine breite basisorientierte Bewegung für mehr Demokratie und Partizipation in ganz Europa angestoßen werden; die Kampagne hat zum Ziel die Menschen zu erreichen, zu politisieren und sie anzuregen sich in und für Europa zu engagieren.

Die Kampagne soll Ende März 2014 starten. Bis dahin bleibt viel zu tun und Democracy International hofft dabei auf Unterstützung von möglichst vielen! Unseren Aufruf finden Sie unter folgenden Link: [www.more-democracy-in-europe.org](http://www.more-democracy-in-europe.org).

**Sophie von Hatzfeldt** (27) arbeitet als Managerin von strategischen Partnerschaften bei Democracy International. Zuvor arbeitete sie bei der GIZ, Amnesty International und Friedrich Ebert Stiftung und studierte Public Policy sowie Völkerrecht und Humangeographie.

**Armin Steuernagel** (23) ist Vorstandsmitglied von Democracy International. Seit seinem 16. Lebensjahr ist er Jungunternehmer. Er studierte Philosophy, Politics and Economics (PPE) und ist Mitglied im Think Tank 30 des Club of Rome.

**Kontakt:** [vonhatzfeldt@democracy-international.org](mailto:vonhatzfeldt@democracy-international.org)  
[steuernagel@democracy-international.org](mailto:steuernagel@democracy-international.org)